

VERORDNUNG ÜBER DIE GEWÄHRUNG VON BEIHILFEN

AN KÖRPERSCHAFTEN UND PRIVATE

Art. 1

(Inhalt und Zweck der Verordnung)

1. Die vorliegende Verordnung regelt die Formen für die Gewährung von Beiträgen und anderweitigen Zuwendungen an Körperschaften und Private, an die sich die Gemeinde, in Ausübung der ihr zustehenden Autonomie, zu halten hat. Die Festlegung der Formen, der Maßstäbe und des Verfahrens ist vom Regionalgesetz vom 31.7.1993, Nr. 13 vorgesehen; dabei sollen die größtmögliche Durchsichtigkeit in der Verwaltungstätigkeit und, durch Einsetzung öffentlicher Geldmittel, die Erreichung sozialer Ziele gewährleistet werden.

2. Die Beobachtung der Maßstäbe, des Verfahrens und der Modalitäten, wie sie in der vorliegenden Verordnung festgelegt sind, bildet die Voraussetzung der Gesetzmäßigkeit der Maßnahmen, mit denen die Gemeinde Beiträge, Zuschüsse und anderweitige wirtschaftliche Vergünstigungen gewährt.

3. In jeder Maßnahme im gegenständlichen Sachgebiet muß die Beobachtung der Bestimmungen dieser Verordnung ausdrücklich vermerkt werden.

Art. 2

(Das Verfahren)

1. Bei Genehmigung des Haushaltsvoranschlages setzt der Gemeinderat die Fristen fest, innerhalb welcher die Ansuchen um Gewährung von Beiträgen, Zuschüssen und anderweitigen wirtschaftlichen Vergünstigungen einzubringen sind, wobei die bezüglichen Haushaltskapitel mit den betreffenden Ansätzen angeführt werden.

2. Bei Änderungen in der Verfügbarkeit der Mittel

und bei Eintreten unvorhersehbarer Umstände kann der Gemeindeausschuß im Laufe des Geschäftsjahres die obigen Fristen ändern.

3. In Übereinstimmung mit dem vom Gemeinderat genehmigten Programm und mit Berücksichtigung der verfügbaren Geldmittel erstellt der Gemeindeausschuß den Plan über deren Aufteilung und setzt das Ausmaß der Zuwendungen an die im genannten Plan einbezogenen Antragsteller fest. Im genannten Plan werden auch die abgelehnten Anträge angeführt mit kurzer Begründung der Ablehnung.

Art. 3

(Berücksichtigte Sachbereiche)

1. Die Gemeinde vertritt die örtliche Gemeinschaft, nimmt deren Interessen wahr und fördert deren Entwicklung in den verschiedenen Erscheinungsformen des sozialen Lebens, sei es mit Bezug auf einzelne Bürger als auch auf Zusammenschlüsse für die Wahrung gemeinsamer Interessen.

2. Im Rahmen der im vorhergehenden Absatz festgelegten Grundsätze fördert die Gemeinde z.B. die Tätigkeiten einzelner oder von Gruppierungen in folgenden Sachbereichen:

- a) gesundheitliche und soziale Betreuung;
- b) Kultur, Erziehung und Bildung;
- c) Sport, Erholung und Freizeit;
- d) Zivilschutz, Umwelt- und Landschaftsschutz;
- e) Belange des Kultes.

3. Die vorliegende Regelung gilt nicht für die sozialen Kosten, die die Gemeindeverwaltung übernimmt für die von ihr geführten Dienste oder für solche deren Führung oder Organisation sie fördert. Dieser Bereich ist anderweitig geregelt und zwar

- a) was die Vergünstigungen, die Ermäßigung der Gebühren für die Benützung von Diensten und Einrichtungen oder die Befreiung von denselben betrifft, gilt die Regelung, die zu treffen ist gemäß Artikel 28, Absatz

- 2, Buchstabe g) des Einheitstextes der Gemeindeordnung, genehmigt mit D.P.R.A. vom 14.10.1993, Nr.19/L;
- b) die Vergünstigungen und Tarifiermäßigungen für die Benützung anderer öffentlicher Dienste werden von den bezüglichen Verordnungen geregelt.

Art. 4

(Berücksichtigte Antragsteller)

1. Die Gemeindeverwaltung kann Vergünstigungen, Beiträge, Zuschüsse, finanzielle Beihilfen und wirtschaftliche Vorteile jeglicher Art an folgende Rechtssubjekte gewähren:

- a) an private Körperschaften, Stiftungen und an andere Einrichtungen privater Natur, deren vorrangige Tätigkeit zum Wohle der Gemeindebevölkerung ausgerichtet ist;
- b) an öffentliche Körperschaften, die ihre Tätigkeit zum Wohle der örtlichen Gemeinschaft ausüben;
- c) an Vereine und Gruppen, die ihre Tätigkeit zum Wohle der örtlichen Gemeinschaft ausüben;
- d) an Einzelpersonen, die in der Gemeinde seßhaft sind oder dort regelmäßig anwesend sind.

2. In außerordentlichen Fällen und mit angemessener Begründung können wirtschaftliche Beihilfen zu Gunsten von öffentlichen und privaten Körperschaften, von Vereinigungen und Gruppierungen gewährt werden, um spezifische Initiativen, auch außerordentlicher Natur zu fördern, deren Zweck in der Hilfe und in der Solidarität gegenüber anderen inländischen oder ausländischen Gemeinschaften besteht, welche von Katastrophen oder anderen außerordentlichen Unglücksfällen betroffen sind; die Zielsetzung kann auch darin bestehen, bei Initiativen von öffentlichem Interesse mitzuwirken, wenn die Beteiligung der Gemeinde mit Hinblick auf soziale, moralische, kulturelle und wirtschaftliche Werte besonders relevant ist, in Anbetracht, daß es sich um Werte handelt, die in der von der Gemeinde vertretenen örtlichen Gemeinschaft als solche gefühlt werden.

Art. 5
(Allgemeine Bedingungen)

1. Wer um die Gewährung von finanziellen Beihilfen seitens der Gemeinde ansucht, muß auf jeden Fall das Ansuchen begründen und das Ausmaß der nachgesuchten Beihilfen angeben; überdies müssen alle Informationen und Angaben gemacht und die in den nachfolgenden Absätzen angeführten und beschriebenen Unterlagen beigebracht werden.

2. Den Anträgen, die vom gesetzlichen Vertreter des Vereins, der Körperschaft oder des Komitees zu unterzeichnen sind, müssen folgende Dokumente beigebracht werden :

- a) wenn es sich um Beihilfen für die ordentliche Tätigkeit handelt: Bericht über die im Vorjahr abgewickelte Tätigkeit, Tätigkeitsprogramm und Finanzierungsplan;
- b) wenn es sich um Beihilfen für Initiativen oder Tätigkeiten außerordentlicher Natur handelt : Kostenvoranschlag und Finanzierungsplan;
- c) wenn es sich um Veranstaltungen, Initiativen oder Projekte handelt, die im Interesse der örtlichen Gemeinschaft liegen, muß dem Ansuchen das betreffende Programm beigelegt werden mit Angabe des Zeitpunktes und des Ortes der Veranstaltung; dem Ansuchen muß ebenfalls der Kostenvoranschlag mit dem Finanzierungsplan beigelegt werden; in diesem muß, in den Einnahmen, der Gegenwert der allfälligen kostenlosen Zurverfügungstellung seitens der Gemeinde von öffentlichen Einrichtungen aufscheinen.

3. Außer den in den Buchstaben a), b) und c) des vorhergehenden Absatzes muß dem Ansuchen die Erklärung nach Artikel 7 des Gesetzes 19.3.1990, Nr. 55 ("Antimafiagesetz"), sofern vorgeschrieben, beigelegt werden sowie die Erklärung nach Artikel 28 des D.P.R. vom 29.9.1973, Nr. 600 (Steuerabzug).

4. Die Gemeindeverwaltung kann ausnahmsweise und mit entsprechender Begründung von der Vorlage eines der im Absatz 2 dieses Artikels vorgesehenen Dokumente absehen; außerdem kann sie weitere Auskünfte und ergänzende Unterlagen verlangen.

Art. 6
(Haftung)

1. Die Gemeinde ist jeglicher Verantwortung enthoben mit Bezug auf Verbindlichkeiten oder anderweitigen Rechtsgeschäften zwischen Privatpersonen, öffentliche und private Körperschaften, Vereinigungen und Gruppierungen, die mit Beihilfen bedacht werden, und zwischen Dritten für Lieferungen und Leistungen oder für anderweitige berufliche oder nichtberufliche Mitarbeit.

2. Desgleichen übernimmt die Gemeinde keine irgendwie geartete Verantwortung hinsichtlich der Organisation und der Abwicklung von Veranstaltungen, Initiativen und Vorhaben für welche die Gemeinde Beihilfen gewährt; die Gemeinde übernimmt überdies keine irgendwie geartete Verantwortung bezüglich der Führung und der Verwaltung von öffentlichen oder privaten Körperschaften und Vereinigungen, denen die Gemeinde Beihilfen gewährt hat, dies auch für den Fall, daß die Gemeinde eigene Vertreter in ihren Verwaltungsorganen ernannt hat. Kein Rechts- bzw. Schuldverhältnis kann gegen seitens Dritter der Gemeinde gegenüber geltend gemacht werden; bei Unregelmäßigkeiten oder bei Eintreten von aufklärungsbedürftigen Sachlagen kann die Gemeinde die Bezahlung von ausständigen Beihilfequoten aussetzen bzw. nach den notwendigen Erhebungen die Beihilfen widerrufen.

3. Die Gewährung von Beiträgen erfolgt unter der Bedingung, daß der Begünstigte sich verpflichtet, die erhaltene Beihilfe ausschließlich für den Zweck, für den sie gewährt worden ist, zu verwenden.

4. Die Gewährung von Beihilfen nach Maßgabe dieser Verordnung kann nur in Form von finanziellen Zuwendungen erfolgen oder durch vergünstigte zur Verfügungstellung von gemeindeeigenen Anlagen, Strukturen oder Einrichtungen.

Art. 7
(Offenlegung)

1. Die öffentlichen und privaten Körperschaften, die Vereine und die Gruppierungen, die Beihilfen seitens der Gemeinde für Veranstaltungen, Initiativen und Vorhaben erhalten, sind verpflichtet, in den Ankündigungen und Bekanntmachungen ausdrücklich anzugeben, daß die erwähnten Tätigkeiten mit dem Beitrag der Gemeinde stattfinden bzw. erfolgen.

2. Die Schirmherrschaft der Gemeinde für Veranstaltungen, Initiativen und Vorhaben muß seitens der betreffenden Träger beantragt und seitens der Gemeinde mit förmlicher Maßnahme zugesagt werden.

3. Die Übernahme der Schirmherrschaft nach vorhergehendem Absatz beinhaltet keine finanziellen Zuwendungen oder Vergünstigungen für die Veranstaltungen wofür die Schirmherrschaft gewährt worden ist; die Gewährung von finanziellen Beihilfen oder Vergünstigungen seitens der Gemeinde muß nach den Bestimmungen dieser Verordnung beantragt werden.

Art. 8
(Verzeichnis der Begünstigten)

1. Es wird das Verzeichnis der Rechtssubjekte, einschließlich der physischen Personen, eingeführt, denen seitens der Gemeinde in jedem Geschäftsjahr Beiträge, Subventionen, Zuwendungen und wirtschaftliche Vergünstigungen zu Lasten des Gemeindehaushaltes gewährt worden sind.

2. Das Verzeichnis wird jährlich, innerhalb 31. März, auf den letzten Stand gebracht mittels Eintragung der Rechtssubjekte, die im Vorjahr die im vorhergehenden Absatz angeführten Zuwendungen erhalten haben.

3. Das wie oben erstellte und jährlich auf den letzten Stand gebrachte Verzeichnis wird in beglaubigter Abschrift an das Präsidium des Ministerrates innerhalb 30. April jeden Jahres übersandt.

4.) Für jede in das Verzeichnis eingetragene physische Person sind folgende Angaben anzuführen:

- a) Vor- und Zuname, Geburtsjahr, Bezeichnung und Gesellschaftsform, Anschrift;
- b) kurze Bezeichnung des Zweckes, wofür die Zuwendung erfolgt ist;
- c) der Betrag oder der wirtschaftliche Gegenwert der Beihilfen bezogen auf das betreffende Jahr;
- d) die Gesetzesbestimmung aufgrund derer die Beihilfe gewährt worden ist (oder, in Ermangelung, die Verordnungsbestimmung).

5. Die erste Erstellung des Verzeichnisses und dessen Nachtragungen werden vom Gemeindesekretariat anhand der von den einzelnen Diensten gelieferten Verzeichnisse besorgt und seitens des Rechnungsamtes aufgrund der buchhalterischen Eintragungen überprüft.

6. Das Verzeichnis wird an der Amtstafel der Gemeinde für die Dauer von (30 Tage) veröffentlicht.

7. In das Verzeichnis kann jeder Bürger Einsicht nehmen.

Art. 9

(Inkrafttreten)

1. Die vorliegende Verordnung tritt am 15. Tag ihrer zweiten Veröffentlichung nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen in Kraft.

2. Der Gemeindesekretär sorgt, durch die Gemeindeämter, für die Veröffentlichung dieser Verordnung nach Maßgabe der Satzung und für deren Verbreitung bei den Betroffenen.

Genehmigt mit Ratsbeschluss / Approvato con delibera del Consiglio
Ausschussbeschluss della Giunta
Nr. 09 vom-del. 12.07.89
DER BÜRGERMEISTER - IL SINDACO



IL SEGRETARIO COMUNALE
DER GEMEINDESEKRETÄR
(Dino Pellegrino)

REGOLAMENTO COMUNALE PER LA CONCESSIONE DI FINANZIAMENTI E
BENEFICI ECONOMICI AD ENTI PUBBLICI E SOGGETTI PRIVATI

Art. 1

(Contenuto e finalità)

1. Con il presente Regolamento il Comune, nell'esercizio dei suoi poteri di autonomia, determina le forme per la concessione di finanziamenti e benefici economici ad enti pubblici e soggetti privati, in relazione a quanto previsto dall'articolo 7 della Legge regionale 31.07.1993, nr. 13, assicurando la massima trasparenza all'azione amministrativa ed il conseguimento delle utilità sociali alle quali saranno finalizzate le risorse pubbliche impiegate.

2. L'osservanza delle procedure, dei criteri e delle modalità stabilite dal presente Regolamento costituisce condizione necessaria per la legittimità degli atti con i quali vengono disposte le concessioni di finanziamenti e benefici economici da parte del Comune.

3. L'effettiva osservanza dei criteri e delle modalità suddette deve risultare dai singoli provvedimenti.

Art. 2

(Procedimento)

1. In sede di approvazione del bilancio di previsione vengono fissati i termini entro i quali dovranno essere presentate le domande per la concessione di sussidi e contributi, con riferimento ai capitoli di bilancio dotati dei rispettivi stanziamenti.

2. La Giunta comunale può rivedere o modificare, in corso d'anno, il piano delle scadenze per effetto di variazioni nelle disponibilità finanziarie o del verificarsi di eventi imprevedibili.

3. La Giunta, tenuto conto degli obiettivi programmatici stabiliti dal Consiglio comunale e delle

risorse disponibili in bilancio, forma il piano di riparto delle stesse e stabilisce l'importo assegnato a soggetti ed iniziative inclusi nel piano. La Giunta determina inoltre i soggetti e le iniziative escluse dal piano, fornendo sintetica motivazione.

Art. 3

(Settori di intervento)

1. Il Comune, quale rappresentante della comunità locale, ne cura gli interessi e ne promuove lo sviluppo nelle diverse manifestazioni di vita degli associati siano essi singoli od organizzati in gruppi per la cura di interessi comuni.

2. Nell'ambito dei principi di cui al precedente comma il comune agevola e sostiene ad esempio le attività svolte da singoli od in forma associata nei seguenti settori:

- a) assistenza sociale e sanitaria,
- b) attività culturali, educative e di formazione,
- c) attività sportive, ricreative e di tempo libero,
- d) protezione civile, tutela dell'ambiente e del paesaggio.
- e) in materia di culto.

3. Sono esclusi dalla presente disciplina i costi sociali che l'Amministrazione assume per i servizi dalla stessa gestiti o dei quali promuove la gestione o l'organizzazione per suo conto da parte di altri soggetti, essendo gli stessi regolati:

- a) per quanto relativo ad agevolazioni, riduzioni ed esenzioni dal pagamento dei corrispettivi per la fruizione dei beni e dei servizi dalla disciplina da stabilirsi in conformità all'articolo 28, comma 2, lettera g) del T.U. sull'ordinamento dei comuni, approvato con D.P.G.R. del 14.10.1993, nr.19/L;
- b) per quanto concerne agevolazioni relative alle tariffe per le erogazioni di altri pubblici servizi, dai rispettivi regolamenti.

Art. 4

(Soggetti ammessi)

1. La concessione di sovvenzioni, contributi, sussidi ed ausili finanziari e l'attribuzione di vantaggi economici di qualunque genere può essere disposta dall'Amministrazione a favore:

- a) di enti privati, fondazioni ed altre istituzioni di carattere privato che esercitano prevalentemente la loro attività in favore della popolazione del Comune;
- b) di enti pubblici, per le attività che gli stessi esplicano a beneficio della popolazione del Comune;
- c) di associazioni e di comitati, che effettuano iniziative e svolgono attività a vantaggio della popolazione del Comune.;
- d) di persone residenti o normalmente presenti nel Comune.

2. In casi particolari, adeguatamente motivati, l'attribuzione di interventi economici può essere disposta a favore di enti pubblici e privati, associazioni e comitati, per sostenere specifiche iniziative, anche di carattere straordinario, che hanno finalità di aiuto e solidarietà verso altre comunità italiane o straniere colpite da calamità od altri eventi eccezionali oppure per concorrere ad iniziative d'interesse generale rispetto alle quali la partecipazione del Comune assume rilevanza sotto il profilo dei valori sociali, morali, culturali, economici che sono presenti nella comunità alla quale l'ente è preposto.

Art. 5

(Condizioni generali di concessione)

1. Chiunque richiede la concessione di interventi finanziari da parte del comune oltre a precisare le motivazioni e la misura dell'intervento richiesto, deve fornire tutte le informazioni ed indicazioni ed allegare all'istanza la documentazione nei modi e nelle forme

indicati nei seguenti commi.

2. Le istanze, sottoscritte dal legale rappresentante dell'associazione, ente o comitato, devono essere corredate dei documenti di seguito elencati :

- a) se trattasi di intervento per la propria normale ed ordinaria attività: relazione sull'attività svolta nell'anno precedente, programma e piano finanziario;
- b) se trattasi di interventi per iniziative od attività di natura straordinaria : preventivo di spese e piano finanziario;
- c) quando si tratta di manifestazioni, iniziative e progetti di interesse della comunità locale l'istanza deve essere corredata dal rispettivo programma, con indicazione dell'epoca e del luogo della manifestazione; dovrà essere allegato il preventivo di spesa con piano finanziario, nel quale dovrà essere incluso, fra le entrate, il controvalore relativo alla eventuale messa a disposizione gratuita di strutture pubbliche.

3. Oltre alla documentazione di cui alle lettere a), b) e c) del precedente comma dovranno essere allegate alle istanze la dichiarazione prevista dall'articolo 7 della legge 19 marzo 1990, nr. 55 (legge "antimafia") se ed inquanto prescritta nonché la dichiarazione prevista dall'articolo 28 del D.P.R. 29.9.1973, nr. 600 (ritenuta di imposta).

4. L'amministrazione può, in via eccezionale e con adeguata motivazione, rinunciare alla presentazione di uno dei documenti previsti al comma 2 e richiedere ulteriori informazioni e documentazione integrativa.

Art. 6

(Responsabilità)

1. Il Comune rimane estraneo nei confronti di qualsiasi rapporto od obbligazione che si costituisca fra persone private, enti pubblici o privati, associazioni o comitati e fra qualsiasi altro destinatario di interventi finanziari dallo stesso disposti e soggetti terzi per

forniture di beni e prestazioni di servizi, collaborazioni professionali e qualsiasi altra prestazione.

2. Il Comune non assume, sotto nessun aspetto, responsabilità alcuna in merito all'organizzazione ed allo svolgimento di manifestazioni, iniziative e progetti ai quali ha accordato contributi finanziari, così come non assume responsabilità relative alla gestione degli enti pubblici, privati ed associazioni che ricevono dal Comune contributi annuali, anche nell'ipotesi che degli organi amministrativi del soggetto beneficiario facciano parte rappresentanti nominati dal Comune stesso. Nessun rapporto od obbligazione dei terzi potrà esser fatto valere nei confronti del Comune il quale, verificandosi situazioni irregolari o che comunque necessitino di chiarimenti, può sospendere l'erogazione delle quote di contributi non corrisposte e, a seguito dell'esito degli accertamenti, deliberarne la revoca nei limiti predetti.

3. La concessione dell'intervento é vincolata all'impegno del soggetto beneficiario di utilizzarlo esclusivamente per le finalità per le quali é stato accordato.

4. Gli interventi del Comune relativi all'attività ricorrente o straordinaria dei soggetti previsti dal presente Regolamento possono avvenire soltanto attraverso l'assegnazione di contributi finanziari o la concessione dell'uso agevolato di impianti, strutture od attrezzature comunali.

Art. 7

(Pubblicitá)

1. Gli enti pubblici e privati, le associazioni ed i comitati che ricevono contributi da parte del Comune per realizzare manifestazioni, iniziative e progetti sono tenuti a far risultare dagli atti e mezzi con i quali effettuano pubblico annuncio e promozione delle iniziative suddette che le stesse vengono realizzate con il concorso del Comune.

2. Il patrocinio di manifestazioni, iniziative, progetti da parte del Comune deve essere richiesto dal

soggetto organizzatore e concesso formalmente dall'Amministrazione comunale.

3. La concessione del patrocinio non comporta benefici finanziari od agevolazioni a favore delle manifestazioni per le quali viene concesso; per gli stessi deve essere richiesto l'intervento del Comune con le modalità stabilite dal presente regolamento.

Art. 8

(Albo dei beneficiari)

1. E' istituito l'albo dei soggetti, comprese le persone fisiche, a cui siano stati erogati in ogni esercizio finanziario contributi, sovvenzioni, crediti, sussidi e benefici economici a carico del bilancio comunale.

2. L'albo é aggiornato annualmente, entro il 31 marzo, con l'inclusione dei soggetti di benefici attribuiti nel precedente esercizio.

3. L'albo é istituito in conformità al primo comma ed i successivi aggiornamenti annuali sono trasmessi, in copia autenticata, alla Presidenza del Consiglio dei Ministri, entro il 30 aprile di ogni anno.

4.) Per ciascun soggetto iscritto nell'albo sono indicati:

- a) cognome e nome, anno di nascita, denominazione e ragione sociale, indirizzo;
- b) finalità dell'intervento, espresse in forma sintetica;
- c) importo o valore economico dell'intervento totale nell'anno;
- d) disposizione di legge in base alla quale hanno avuto luogo le erogazioni (o, in mancanza, norma regolamentare).

5. Alla prima redazione dell'albo ed agli aggiornamenti viene provveduto dall'Ufficio di segreteria comunale, in base agli elenchi predisposti in conformità all'articolo precedente dai settori interessati e

verificato, in base alle risultanze contabili, dall'Ufficio ragioneria.

6. L'albo é pubblicato per (trenta giorni) all'albo pretorio del Comune.

7. L'albo può essere consultato da ogni cittadino.

Art. 9

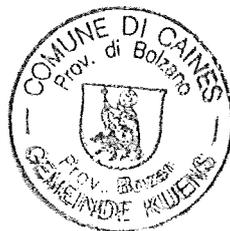
(Entrata in vigore)

1. Il presente Regolamento entra in vigore il 15° giorno dalla sua ripubblicazione come previsto dalle norme vigenti.

2. Il Segretario comunale ne dispone, a mezzo degli uffici comunali, la pubblicazione secondo quanto prescritto dallo Statuto e la diffusione ai soggetti interessati.

Genehmigt mit Ratsbeschluss / Approvato con delibera del Consiglio
Ausschussbeschluss / della Giunta
Nr. 04 vom del 12-07-94
DER BÜRGERMEISTER - IL SINDACO

IL SEGRETARIO COMUNALE
DER GEMEINDESEKRETÄR
(Dino Dalceggio)



Mario Per

Dino Dalceggio

